Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Salter. Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Rudolf Brüning. Chefreporter: Wolfgang Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: G. Gencke; Dr. E. Hoepfner (Inland), Dr. Gisela Schoeler (Ausland). Lokales: Wolfgang Schmidt. Sparte: W. Künkler. Sport: C. F. Mossdorf. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselotte Alexander. Frauen-Seite: Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Krell. Allgemeines: K. Lorch. Bilder: Marie-Luise Dählow. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Ost-Reportage: Egbert A. Hoffmann. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Kisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald

Verlagsleiter: Rudolph Gothner.

Väter und Söhne

Die 1919 gegründete und eigener älterer Tradition ermangelnde Universität Hamburg hat den turnusmäßigen Wechsel im Rektorat schon seit vielen Jahren und offenbar gern zum Anlaß genommen, sich in feierlicher Weise und öffentlich selbst zu repräsentieren. Die Feierlichkeit — früher in der Großen Musikhalle, seit langem im Auditorium maximum — hatte stets streng akademischen und älterer Tradition entlehnten Zuschnitt.

Das Zeremoniell: Einzug des Lehrkörpers, dessen schwarze Roben und Talare die Fakultätsfarben ins Spiel bringen; Orchestermusik von Bach, Haydn oder Brahms; Bericht der aus seinem Amt scheidenden Magnifizenz; feierliche Immatrikulation der Erstsemester; Ansprache des AStA-Vorsitzenden; Festvortrag der neuen Magnifizenz; Bach, Brahms oder Haydn; Auszug des Lehrkörpers.

Das feierliche und etwas zopfige Zeremoniell hat sich bis heute fast in nichts geändert, und sicher auch darum, im wesentlichen aber aus Gründen, die in der durch das Zeremoniell nur gespiegelten Verfestigung des bisherigen Universitätsstruktur liegen, hat sich bei der heutigen Feier des Rektorwechsels im Audimax zum erstenmal aus diesem Anlaß die Stimme der studentischen Opposition erhoben und die Feierlichkeit sowohl zu durchbrechen als auch in Frage zu stellen versucht.

Die Studenten, auch die gemäßigten, auch die Hamburger, sind seit langem unzufrieden mit den nicht mehr zeit- oder gar zukunftsadäquaten Zuständen an deutschen Hochschulen. Da die Hochschulreform der Professoren nicht vorankommt, haben sie demonstrativ die traditionsbewußte Hamburger Feierlichkeit zum Anlaß genommen, um ihre Forderungen vor der größten ihnen verfügbaren Öffentlichkeit zu artikulieren.

Was sie fordern, kam in der Ansprache des AStA-Vorsitzenden zum Ausdruck. Vereinfacht: Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Studenten, um die gewohnheitsmäßig proklamierte „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden" aus der blassen Theorie in die Praxis der akademischen Wirklichkeit zu überführen. Die Studenten wollen sich von den Professoren nicht mehr majorisieren lassen. Sie sind sich ihrer selbst immer mehr bewußt geworden, und ihre kritische Bewußtseinsbildung — so der Studentensprecher — habe zu kritischen Reflexionen über die Universität geführt. Wörtlich: „Daß Wissenschaft an sich kritisch ist, wissen wir. Daß sie unkritisch betrieben wird, wollen wir nicht mehr dulden."

Die Schärfe dieser unfeierlichen, nach älteren Maßstäben „unbotmäßigen" Sprache erklärt sich wohl auch damit, daß die Studenten seit Jahren auf die von ihnen gerügten „Mißstände" hingewiesen haben, aber damit — wie sie sagen — keinen Erfolg gehabt haben. Das mag auch ihre weitere „Unbotmäßigkeit" erklären, „hier und heute" eine öffentliche Aussprache über die Situation zu fordern und als einzige Alternative anzukündigen: Obstruktion und Gründung einer Gegenuniversität.

Hamburg darf nicht schlafen. Die Studenten tun es gewiß nicht, wie hier wieder zu hören war. Und die Universitäten sollten es auch nicht tun. Zu studentischer Obstruktion und gar zu einer „Gegenuniversität" (über den kargen Versuch einer „Kritischen Universität" hinaus) sollte es nicht kommen, wenn die Hierarchie der etablierten Universitätslehrer sich dazu entschließen könnte, den Unmut ihrer Studenten und die Zeichen der Zeit richtig zu deuten und daraus die längst fälligen Folgerungen zu ziehen. Väter und Söhne sollten sich näherkommen. wmh

Mutiges Programm

Der Bundestag hat gestern ein neues Programm für die Beseitigung der Krise im Steinkohlenbergbau und, in den Gebieten an Ruhr, Emscher und Saar diskutiert. Manchem innerhalb und außerhalb des Parlaments mag das Ergebnis mager erscheinen. In der Tat gab es weder einen sensationellen Plan noch eine hitzige Aussprache.

Bundeswirtschaftsminister Schiller blieb auf seiner Linie und legte wenig mehr als das Kohleanpassungsgesetz „mit Garnierung" vor. Und die Abgeordneten vermieden es — von einigen Ausnahmen abgesehen — überhaupt Forderungen zu stellen. Aus gutem Grund, wie uns scheint.

Darüber, daß der Kohle geholfen, weitergeholfen werden müsse, gab es schon vor der Aussprache keinen Zweifel. Diskutiert wurde vor der gestrigen Energiedebatte nur das Wie und nicht das Ob. Hier allerdings schieden sich die Geister. Nicht wenige glaubten angesichts der alarmierenden Nachrichten aus dem Ruhrgebiet, wesentlich mehr tun zu müssen. Nicht wenige glaubten, daß man die ökonomische Vernunft für den Augenblick wenn nicht vergessen, so doch hintanstellen sollte.

Schiller hat gegen mancherlei harten Widerstand, vor allem aus den Bergbauländern und aus der eigenen Fraktion, seine Linie gehalten. Er hat der Versuchung widerstanden, bei der Hilfe für die einen andere oder vielmehr alle zu schädigen. Das hat nichts mit Opfern zu tun. Sie werden verlangt. Und sie sind zu akzeptieren.

Kann die Kohle mit dem, was sich in Bonn getan hat, zufrieden sein? Man sollte dem Kumpel nicht unterstellen, daß die ökonomische Vernunft für ihn ein Fremdwort ist. Und die wird er finden, wenn er das Schillersche Konzept betrachtet. Er wird auch viel „Menschlichkeit" entdecken in diesem Programm, das mutig und marktwirtschaftlich zugleich ist. fff

Papas Universität hat sich überlebt

Reformen sind überfällig / Der Aufstand der Studenten

Eigener Bericht

Hamburg, 9. November

Der Ruf nach einer Hochschul- und Studienreform wird von Tag zu Tag lauter. Das ist nicht überraschend. Schon in den ersten Nachkriegsjahren begannen die Reformdebatten. Heute, rund 20 Jahre danach, ist praktisch nichts geschehen! Wohl sind erhebliche Summen an Geld investiert worden. Aber an den Strukturen von Studium und Hochschule hat sich nichts geändert. Die geplanten Reformen dämmern vor sich hin.

Dabei hat das Anschwellen der Zahl der Studierenden die Zeichen der Zeit längst auf Sturm gestellt. Im Wintersemester 1950/51 waren an den wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik und West-Berlins 111 000 Studenten immatrikuliert. Im Jahre 1955/56 waren es schon 130 000 und bis 1964/65 schnellte die Ziffer auf rund 250 000!

Das rapide Anwachsen der Studentenzahlen hat die gepriesene „Einheit von Forschung und Lehre" ins Wanken gebracht. Leidtragende der Entwicklung sind vor allem die Studenten. Wenn zu Großvaters Zeiten zehn bis fünfzehn Studierende in einem Kolloquium saßen, so sind heute nicht selten 200 oder mehr Jünger der Wissenschaft zum „Gespräch" versammelt. Von Forschung kann kaum noch die Rede sein, weder für die Lehrenden, noch für die Lernenden.

Die Hörsäle an den deutschen Universitäten sind überfüllt wie noch nie

Studium ohne Führung

Allein die Inanspruchnahme des Lehrkörpers durch Examensprozeduren läßt den geringen Kontakt zwischen Professoren und Studenten erahnen. So waren zum Beispiel im Sommersemester 1966 an einer westdeutschen Universität 8300 Studenten der Wirtschaftswissenschaft immatrikuliert. 900 davon meldeten sich zum Examen. Das hatte für 30 Professoren zur Folge, daß sie 1800 Klausuren zu bewerten und 5400 Prüfungen abzuhalten hatten.

Angesichts solcher Verhältnisse scheint es berechtigt, wenn neuerdings nicht nur die Universität als Forschungsanstalt, sondern auch als solide Ausbildungsstätte für den späteren Beruf angezweifelt wird.

Wer heute studiert, muß damit rechnen, daß er fast führungslos sein Studium absolviert. Die Folge davon sind vertane Anfangssemester und eine oft ungewöhnliche Verlängerung der Studienzeit. Deshalb fordern die Studenten seit Jahren, daß der Studiengang in den einzelnen Fächern exakter umrissen wird als bisher. Sie dringen auf eine Überprüfung der Stoffpläne. Neue Ausbildungsziele müssen festgelegt werden, weil neue akademische Berufe entstanden sind.

Ein gewichtiger Stein des Anstoßes sind ferner die Prüfungs- und Promotionsordnungen in der Hochschule. Nach Meinung der Studenten ist eine gerechte Beurteilung innerhalb der Massenlehranstalt mit den augenblicklichen Mitteln nicht mehr gewährleistet. Hinzu kommt das Fehlen jeglicher Einspruchsmöglichkeit.

Die westdeutsche Rektorenkonferenz und der Deutsche Wissenschaftsrat haben zwar Pläne zur Studienreform vorgelegt, die auch gewisse Anregungen und Forderungen der Studentenschaft berücksichtigen. Aber gerade diese Pläne werden hart kritisiert. Man spricht von „Halbheiten" und von „inhaltsleeren Postulaten". Die Studenten meinen, daß man den Studiengang nicht neu ordnen könne, wenn man nicht dem Massenandrang der Studierenden durch eine Reform des Lehrkörpers begegne. Man fordert den Abbau der hierarchischen Struktur unter den Lehrkräften. Nur dadurch — so wird gefolgert — kann neben den Ordinarien die Zahl der Hochschul-Lehrer, akademischen Räte, Assistenten und Tutoren erheblich gesteigert werden. Erst die Aufhebung der Zweitrangigkeit kann diese Berufe attraktiver machen.

Energisch wird von den Studenten ferner die Mitverantwortung am Universitätsbetrieb gefordert. Paritätische Stimme im Senat und in den Fakultäten wird verlangt. Inzwischen hat der Verband deutscher Studentenschaften (VDS) auch seine Aufnahme im Wissenschaftsrat gefordert. Und diese Forderungen werden um so lauter werden, je länger eine durchgreifende Studien- und Hochschulreform auf sich warten läßt.

Forschung und Politik

Eine wichtige Ursache im Gärungsprozeß an den deutschen Universitäten wird auch in Zukunft die Frage nach dem politischen Engagement der Wissenschaft sein. Nicht wenige Studenten weisen mit Nachdruck darauf hin, daß heute wissenschaftliche Forschungs-Ergebnisse — wie beispielsweise die Kernspaltung — unmittelbares politisches Ereignis sind. Deshalb könne sich kein Wissenschaftler von den politischen Folgen seines Forschens distanzieren. Auf der anderen Seite stehen die Vertreter der sogenannten unpolitischen Forschung, die eine Ideologisierung der Wissenschaft befürchten. Es ist nur zu hoffen, daß die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung nicht durch radikale Entgleisungen getrübt wird.

Sehr umstritten sind schließlich die finanziellen Forderungen der Studenten für Studium und Lebensunterhalt. Die Zahl der staatlichen Beihilfen ist geringer als weithin angenommen wird. Nur ein Drittel aller Studenten erhält Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln. Gewiß, die Nachkriegsgeneration hat unter noch wesentlich bescheidenieren Bedingungen studiert. Aber wer hat sich inzwischen den gehobenen Lebensverhältnissen nicht angepaßt?

J. Hus.

Kabinett verabschiedete drei Verkehrsgesetze

Associated Press

Bonn, 9. November

Das Bundeskabinett hat gestern drei Verkehrsgesetze beschlossen, die zur Verwirklichung des Leber-Planes notwendig sind. Zu diesen Vorlagen zählt auch das Güterfernverkehr-Steuergesetz, nach dem vom 1. Juli 1968 an die Besteuerung schwerer Transporter auf der Straße erfolgen soll. Diese Steuer soll 1969 bereits 380 Mill. DM einbringen.

Ferner beschloß das Kabinett die Bildung einer Mitbestimmungskommission. Ihre Aufgabe wird es sein, die bisherigen Erfahrungen der Mitbestimmung in den Betrieben als Grundlage weiterer Überlegungen auf diesem Gebiet auszuwerten.

Zum Schutz der Menschen

Jeder anständige Staat muß für Notstandszeiten vorsorgen

Von **Herbert Wehner**, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen

Wenn das Stichwort „Notstand" fällt, gerät seit Jahren fast jede politische Diskussion in Gefahr, steckenzubleiben in Behauptungen und Gegenbehauptungen, Wechselseitige Anschuldigungen blockieren den Weg zur Verständigung. Vorurteile versperren die Sicht.

Herbert Wehner (SPD)

Dabei handelt es sich um ein Thema, das in der sachlichsten Weise behandelt zu werden verdiente. Es geht um vorsorgliche gesetzliche Regelungen zum Schutz der Menschen und der demokratischen Staatseinrichtungen in Zeiten höchster Not, in denen die normalen Gesetze nicht ausreichen würden, diesen Schutz zu gewährleisten.

Jeder anständige Staat hat für solche Zeiten Vorsorge getroffen. Bei uns hätten alle Machtbefugnisse in solchen Zeiten die ehemaligen Besatzungsmächte inne. Sie könnten sie nach eigenem Ermessen auch auf Deutsche delegieren. In den Schubladen deutscher Behörden liegen die Texte von Verordnungen, die in solchen Zeiten in Kraft treten würden. Bisher hatten die gesetzgebenden Organe in der Bundesrepublik keinen Einfluß auf diese delikate und heikle Angelegenheit.

Nachdem der Deutsche Bundestag in erster Lesung die Regierungsvorlagen behandelt hat, gibt er damit das Startzeichen für eine breite öffentliche Information und Diskussion. Jetzt, wenn der Bundestag in die Ausschußberatungen der Gesetzesvorlagen eintreten wird, werden zum ersten Male in Gegenwart von Pressevertretern in den Ausschüssen des Bundestages die Vertreter und Sprecher von Organisationen und Verbänden Gelegenheit erhalten, ihre Auffassungen zur Sache vorzutragen und geltend zu machen. Es soll nichts versäumt werden, damit tatsächlich alle Gesichtspunkte gewürdigt werden können.

Die von der Bundesregierung eingebrachten und vom Bundesrat im ersten Durchgang behandelten Gesetzesvorlagen werden in den Ausschußsitzungen des Bundestages gründlich beraten und — soweit sie verbesserungsfähig sind — durch Anträge vervollkommnet werden. Die zweite und dritte Lesung der Gesetzesvorlagen werden erst im Laufe des Jahres 1968 stattfinden.

Zwischen diesen beiden Lesungen müssen die Inhaber der gegenwärtig noch in Kraft befindlichen Vorbehaltsrechte — also die ehemaligen Besatzungsmächte — ihre verbindlichen Erklärungen abgeben, daß ihre Vorbehaltsrechte abgelöst werden und erlöschen, sobald die eigenen deutschen Gesetze vorliegen werden. Damit werden dann endlich jene „Schubladenverordnungen" gegenstandslos, die — solange es keine eigenen deutschen Gesetze gibt — bestimmend sein würden für deutsche Behörden in Zeiten, in denen das Stichwort „Notstand" ausgegeben würde.

Wer daran interessiert ist, daß endlich klare und übersichtliche Verhältnisse herrschen, der muß die mit der ersten Lesung der Gesetzesvorlagen im Deutschen Bundestag begonnene freimütige und umfassende Information aller Staatsbürger und die Gelegenheit zu sachlicher, gründlicher Diskussion begrüßen. Nur in öffentlichen Diskussionen kann ausgeräumt werden, was sich an Mißtrauen, Verdächten und Vorbehalten angesammelt hat.

Diese Diskussion kann — gerade weil ihr Gegenstand so schwierig und die Vorgeschichte mit so vielen untauglichen Versuchen der Bundesregierungen belastet ist — zu einer fundamentalen Identifizierung unserer Bürger mit ihrem demokratischen Staat führen. In dem Maße, in dem unsere eigenen Vorbehalte gegen unseren demokratischen Staat abgebaut werden, werden die Vorbehaltsrechte anderer verschwinden.

Weitere politische Nachrichten Seite 18

Hamburger Studenten

Fortsetzung von Seite 1

Hamburgs darüber informiert werden soll, wie es an ihrer Universität heute aussieht. Dabei kamen zum Teil erschreckende Zahlen zum Vorschein:

- Bei den Germanisten fallen in den Zwischenprüfungen 50 bis 70 Prozent der Kandidaten durch.
- Bei den Diplomprüfungen für Volkswirte haben in letzter Zeit 57 Prozent das Examen nicht bestanden.
- Die Zahl der Hochschuldozenten an den Universitäten der Bundesrepublik hat seit 1960 zwischen 30 und 100 Prozent zugenommen — in Hamburg aber hat sich ihre Zahl um 9,1 Prozent verringert.
- Im Wintersemester 1967/68 kann kein Anfänger das Studienfach Mathematik belegen, weil keine einzige Anfänger-Vorlesung geboten wird.
- Das Germanische Seminar, zuständig für den gesamten Bereich der deutschen Sprache, hält nur Übungen in Gotisch, Alt- und Mittelhochdeutsch ab. Neudeutsche Grammatik jedoch, das erste Arbeitsgebiet des Deutschlehrers, wird an der Hamburger Universität nicht betrieben.

Die Forderungen der Studentenschaften mündeten in dem Verlangen nach paritätischer Vertretung in allen Gremien der Universität. Sollte es aber an der nötigen Einsicht fehlen, so stelle sich uns als einzige Alternative nur noch die Obstruktion und die Gründung einer Gegenuniversität, warnte der AStA-Vorsitzende.

BUNTE WELT

Flaggenzwang

Alle Griechen müssen jetzt nach einem neuen Ausnahmegesetz an staatlichen und öffentlichen Feiertagen flaggen. Alle Personen des öffentlichen Dienstes werden verpflichtet, an öffentlichen Feiern teilzunehmen. Sie sind von Disziplinarstrafen bedroht, wenn sie fernbleiben.

Minister besucht Tabakmarkt

Der indonesische Außenminister Adam Malik, der sich zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik aufhält, hat gestern den indonesischen Tabakmarkt in Bremen besucht und Wirtschaftsbesprechungen mit dem Senat der Hansestadt geführt.

backe besser mit Gloria Mehl

Unruhiges Hongkong

Bei neuen Unruhen in der britischen Kronkolonie Hongkong gab es gestern zwei Tote und 39 Verletzte. Der Zwischenfall ereignete sich, als eine kommunistenfreundliche Menge einen Mann befreien wollte, der von Polizisten beim Bombenlegen erwischt worden war.

Farbige Bürgermeister

Cleveland (Ohio), die achtgrößte Stadt der USA, und die 180 000 Einwohner zählende Stahlstadt Gary in Indiana werden künftig von farbigen Bürgermeistern regiert. Auch sonst erreichen bei den Kommunalwahlen in den USA zahlreiche Farbige Wahlbeamten-Posten.

Langnese BIENEN HONIG rein, wie die Natur ihn gibt

Heimweh nach Archangelsk

Mit den Worten „Ich mag nicht zur See fahren, ich habe Heimweh und will nach Hause", meldete sich gestern die 30jährige russische Stewardeß Antonina Iwanowna Komorowa vom Sowjetfrachter „Wolga" (2847 BRT) nach ihrer ersten Seereise weinend auf einer Polizeistation im britischen Manchester. Die Sowjetbotschaft in London läßt sie heute mit einer planmäßigen Düsenmaschine nach Moskau fliegen.

Louis Ferdinand wird 60

Prinz Louis Ferdinand von Preußen, Chef des Hauses Hohenzollern, wird heute 60 Jahre alt. Aus vielen Teilen der Bevölkerung sind ihm herzliche Glückwünsche zuteil geworden. Überschattet wird der Tag durch die Trauer um seine Frau, Prinzessin Kira, die erst vor wenigen Wochen gestorben ist.

Prinz Louis Ferdinand

Assuan liefert Strom

Drei der zwölf vorgesehenen Turbinen des neuen ägyptischen Assuan-Staudammes liefern bereits über eine 500-Kilo-Volt-Fernleitung Strom nach Kairo und Alexandria. Man hat sie wegen des Ölmangels nach der Zerstörung der Raffinerien von Suez vorzeitig in Betrieb gesetzt.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Fernsprechsteller: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 33, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 610 84 75, Bonner Red.: An der Heuss-allee 2-10, Haus VII, Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 23 84 34. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreise: Frei Haus monatlich 6,35 DM (einschließlich 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM, Postbezug 6,50 DM (einschließlich 2,57 DM Gebühren für den Postvertrieb). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 23, — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 3264, Anz. Hamburg 1420.

Telefon 34 91 91

3% RABATT

BOLLE

BIETET BESTES

Prager Frühmastenten bratfertig, gefroren Hdkl. A 500 g 1,98

Schümann Würstchen im zarten Saitling 4 Stck. à 90 g 2,75

Fleischsalat 300-g-Becher -,95

Graves de Vayres 1/1 Fl. 1,78

Rotkohl Euroglas -,78

BIS BALD BEI BOLLE